



Pressemitteilung

Nummer 164/26 vom 11. September 2026
Seite 1 von 11

Dorotheenstraße 84
10117 Berlin
Tel. +49 30 18 272-2030
cvd@bpa.bund.de
www.bundesregierung.de
www.bundestkanzler.de

Gemeinsame Erklärung anlässlich des Staatsbesuchs des Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate in der Bundesrepublik Deutschland

Auf Einladung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, seiner Exzellenz Frank-Walter Steinmeier, besuchte der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), seine Hoheit Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan, vom 9. bis zum 11. September 2026 Deutschland. Während dieses ersten Staatsbesuchs eines Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate in Deutschland kam seine Hoheit Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan auch mit seiner Exzellenz Friedrich Merz, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, zusammen.

Die Staats- und Regierungschefs waren der Auffassung, dass der Staatsbesuch zu einem entscheidenden Zeitpunkt für beide Länder und die internationale Ordnung im Allgemeinen stattfindet. Inmitten verstärkter regionaler und geopolitischer Volatilität unterstrichen beide Seiten die zunehmende Bedeutung verlässlicher, gleichgesinnter Partner und bekräftigten ihre Entschlossenheit, bei der Verteidigung der internationalen Ordnung zusammenzustehen.

Durch den Staatsbesuch wurde erneut unterstrichen, dass die Partnerschaft zwischen Deutschland und den VAE durch das geteilte Bekenntnis zu Frieden, Sicherheit und wirtschaftlichem Wohlstand, die Entwicklung und Nutzung von Zukunftstechnologien und durch nachhaltige Entwicklung vorangetrieben wird.

Während des Staatsbesuchs kündigten seine Hoheit Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan und Bundeskanzler Friedrich Merz die Einrichtung eines Strategischen Dialogs an, der dazu dienen soll, die 2004 ins Leben gerufene Umfassende Strategische Partnerschaft wiederzubeleben.



Nummer 164/26 vom 11. September 2026

Seite 2 von 10

Der Strategische Dialog wird die Fortschritte der vertieften Zusammenarbeit in vielen Bereichen, einschließlich internationaler und regionaler Sicherheit, Verteidigung, Handel und Investitionen, Energie und Klima, neuartige Technologien, Digitalisierung, Wirtschaft, Verkehr, Umwelt sowie Kultur und Bildung, steuern und sicherstellen, dass konkrete Ergebnisse zum gegenseitigen Nutzen erzielt werden. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten, dass der Strategische Dialog eine nachhaltige Investition in die Beziehungen darstellt, da durch ihn eine Struktur zur Verfügung gestellt wird, durch die diese Vision in eine fortgesetzte, konkrete Zusammenarbeit übertragen wird.

Beide Seiten bekräftigten ihr Bekenntnis zur Vertiefung des bilateralen Handels und der bilateralen Investitionsbeziehungen und zur Ausweitung der Zusammenarbeit in prioritären Bereichen. Als konkreten Ausdruck dieses Bekenntnisses begrüßten seine Hoheit Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan und seine Exzellenz Bundeskanzler Friedrich Merz die Unterzeichnung einer Gemeinsamen Absichtserklärung (JDoI) über die Einrichtung des German UAE Investment Council als Plattform zur Förderung von Investitionen und zur Stärkung des Engagements zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Sie begrüßten ferner die Ergebnisse des Wirtschaftsforums VAE-Deutschland ebenso wie die Wiederaufnahme des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses und unterstrichen so ihre Unterstützung für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit, Investitionen und gemeinsame Projekte. Insbesondere begrüßten die beiden Staats- und Regierungschefs die Unterzeichnung von 29 B2B-Absichtserklärungen und Abkommen zwischen Unternehmen aus den VAE und Deutschland, deren Gesamtwert 9,356 Mrd. Euro übersteigt, die die immer größere Tiefe der Zusammenarbeit des Privatsektors beider Staaten widerspiegelt.

Die beiden Staats- und Regierungschefs begrüßten die Ankündigung eines Investitionspakets der VAE in Höhe von 40 Mrd. Euro in Deutschland, das das gemeinsame Ziel der beiden Staaten, ihre strategische Partnerschaft zu vertiefen, und das Vertrauen der VAE in Deutschland als einem führenden Standort für Investitionen, Innovationen und industrielles Wachstum widerspiegelt. Das Paket soll dazu beitragen, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken, seine technologische Führung zu fördern und sein Wirtschaftswachstum langfristig zu unterstützen. Das Paket umfasst Investitionen in eine hochmoderne digitale Infrastruktur einschließlich der Entwicklung neuer, modernster Rechenzentren mit einer Kapazität von etwa 1 Gigawatt. Deutschland



Nummer 164/26 vom 11. September 2026

Seite 3 von 10

unterstrich sein Bekenntnis zur Förderung eines günstigen Umfelds für die Umsetzung.

Über das 40-Milliarden-Paket hinaus begrüßten die beiden Staats- und Regierungschefs Pläne für weitere Unternehmensinvestitionen und Partnerschaften zwischen Unternehmen aus den VAE und Deutschland einschließlich Initiativen unter Beteiligung von Covestro, RWE, ADNOC und Masdar. Diese Initiativen bauen auf dem soliden Fundament bereits bestehender Investitionen der VAE in Deutschland auf, darunter die Investitionen von XRG in Covestro in Höhe von etwa 15 Mrd. Euro, und unterstreichen die immer größere Tiefe und Ambition der Wirtschaftsbeziehungen der beiden Staaten.

Beide Seiten würdigten das anhaltende Wachstum im bilateralen Handel ohne Berücksichtigung der Mineralölerzeugnisse, der 2025 eine Höhe von 15,5 Mrd. US-Dollar erreichte, ein Anstieg von mehr als 14 % gegenüber 2024, während die kumulierten Investitionsströme zwischen beiden Ländern im Zeitraum 2021–2025 10 Mrd. US-Dollar überstiegen. Sie begrüßten ferner Fortschritte in den Verhandlungen über das Abkommen über eine Umfassende Wirtschaftspartnerschaft zwischen den VAE und der EU.

Derzeit verhandeln die VAE mit der EU, dem größten Binnenmarkt der Welt, über die Bestimmungen eines Freihandelsabkommens. Deutschland und die VAE unterstützen ein umfassendes, mit Blick auf den Handel ehrgeiziges Abkommen. Die Stärkung der bilateralen Handelsbeziehungen zwischen der EU und den VAE durch ein umfassendes und ehrgeiziges Freihandelsabkommen wird für beide Seiten von wirtschaftlichem Nutzen sein.

Beide Seiten bekräftigten, dass eine verstärkte Zusammenarbeit bei Verteidigung und Verteidigungstechnologien eine zentrale Säule der Beziehungen darstellt, und würdigten die Unterzeichnung einer Absichtserklärung (LoI) zur Prüfung der Verteidigungskooperation, die durch einen hochrangigen Runden Tisch zum Thema Verteidigung unterstützt wird, ebenso wie die Unterzeichnung einer Absichtserklärung (LoI) zur Polizei- und Sicherheitszusammenarbeit. Sie vereinbarten, diese Zusammenarbeit von einer Leistungserbringer-Leistungsempfänger-Dynamik auf eine allgemeinere, strategischere Partnerschaft anzuheben.



Nummer 164/26 vom 11. September 2026

Seite 4 von 10

Beide Staats- und Regierungschefs bekräftigten ihre tiefe und beständige Partnerschaft im Energiebereich, die auf Vertrauen und einem gemeinsamen Bekenntnis zur Stärkung der Energiesicherheit und Systemresilienz beruht. Aufbauend auf der langjährigen Partnerschaft zwischen den Emiraten und Deutschland im Energiebereich erkannten sie den strategischen Wert dieser engen Zusammenarbeit in einer Zeit verstärkter globaler Volatilität im Energiebereich an, begrüßten die fortgesetzte Stärke der Zusammenarbeit bei allen Energieformen, unterstrichen die Rolle der Partnerschaft zwischen den VAE und Deutschland bei der Unterstützung sicherer, diversifizierter und erschwinglicher Energieversorgung für ihre Volkswirtschaften und für Europa im Allgemeinen und brachten ihre gemeinsame Absicht zum Ausdruck, sie durch Partnerschaften zwischen führenden Unternehmen auf beiden Seiten weiter zu vertiefen.

Die Staats- und Regierungschefs begrüßten die Ausweitung der strategischen, langfristigen Zusammenarbeit entlang der gesamten Energiewertschöpfungskette einschließlich konventioneller und neuartiger Energiequellen, darunter auch LNG, erneuerbare Energien und Wasserstoff. Sie nahmen den zunehmenden Beitrag bilateraler Leuchtturmprojekte unter Beteiligung führender Unternehmen aus den VAE und Deutschland mit Zufriedenheit zur Kenntnis, durch den die Versorgungssicherheit und die Systemresilienz gestärkt und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden.

Beide Staats- und Regierungschefs begrüßten die fortgesetzte Weiterentwicklung der Globalen Energieeffizienzallianz (GEEA) und bekräftigten ihr Bekenntnis zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit bezüglich der Energieeffizienz als einem zentralen Mittel zur Erreichung der globalen Energiewende. Als Gründungsmitglieder der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) bekräftigten beide Seiten darüber hinaus, wie wichtig die Rolle der Organisation dabei ist, die globale Energiewende voranzubringen, und begrüßten es, weiterhin eng zusammenzuarbeiten. Deutschland begrüßte ferner die Führungsrolle der VAE darin, die Bemühungen zur Verringerung der Methanemissionen aus dem Öl- und Gassektor voranzubringen, und seine Führungsrolle dabei, die Charta zur Dekarbonisierung im Öl- und Gassektor (OGDC) auf der COP28 ins Leben zu rufen.

Sie bekräftigten zudem die Bedeutung der Förderung der industriellen Kooperation und der Ausweitung der Zusammenarbeit in den Bereichen



Nummer 164/26 vom 11. September 2026

Seite 5 von 10

fortgeschrittene Industrien und Herstellung als zentraler Säule eines langfristigen Wirtschaftswachstums von gegenseitigem Nutzen. In diesem Zusammenhang unterstrichen die Staats- und Regierungschefs den Wert vertiefter Partnerschaften zwischen Unternehmen auf beiden Seiten, auch durch Investitionen, Innovationen und gemeinsame Entwicklung, um die industriellen Kapazitäten zu stärken, die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und resiliente und zukunftsfähige Lieferketten zu unterstützen.

Im Bereich der kritischen Technologien bekräftigten beide Seiten ihr Bekenntnis zur Ausweitung der Zusammenarbeit bei künstlicher Intelligenz und neuartigen Technologien, bei der Förderung von Austausch, Investitionen, Forschung und Entwicklung, einschließlich gemeinsamer Entwicklung in diesen kritischen Bereichen.

Um der führenden Rolle der VAE bei modernsten Technologien Rechnung zu tragen, begrüßten seine Hoheit Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan und Bundeskanzler Friedrich Merz die Gemeinsame Absichtserklärung (JDoI) über die Einrichtung einer Zusammenarbeit im Bereich Data Hosting und Informationssysteme durch die Schaffung von Daten-Botschaften. Diese Zusammenarbeit wird durch sichere und resiliente digitale Infrastrukturen und die Stärkung der Grundlagen einer vertrauenswürdigen digitalen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern ein neues Modell der Technologiediplomatie erproben.

Die beiden Staats- und Regierungschefs unterstrichen die strategische Bedeutung von Ernährungssicherheit und nachhaltiger Landwirtschaft und hoben die Möglichkeiten hervor, die Führungsrolle der VAE bei der Förderung innovativer und technologiegestützter Ernährungssysteme gemeinsam mit Deutschlands hochentwickelten technologischen und industriellen Fähigkeiten zu nutzen. Sie nahmen den Spielraum für bilaterales Engagement in der gesamten modernen Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten zur Kenntnis, auch bei landwirtschaftlichen Technologien und zentralen Inputs wie Düngemitteln.

Unter Berücksichtigung des gemeinsamen Bekenntnisses beider Länder zu Nachhaltigkeit würdigten die beiden Staats- und Regierungschefs ferner die Vorbereitungen für die Wasserkonferenz der Vereinten Nationen 2026, die vom 8. bis zum 10. Dezember 2026 gemeinsam von den VAE und Senegal in Abu Dhabi ausgerichtet wird, und betonten deren Rolle bei der Stärkung von Partnerschaften, der Mobilisierung von Investitionen und der



Nummer 164/26 vom 11. September 2026

Seite 6 von 10

Förderung innovativer, praktikabler und anpassbarer Lösungen, wobei sie gleichzeitig die Bedeutung der Konferenz als Plattform für die Förderung globaler Wasserschutz-Maßnahmen und schnelleren Fortschritten bei der Erreichung von Ziel 6 der Ziele für nachhaltige Entwicklung unterstrichen. Beide Seiten begrüßten außerdem die Unterzeichnung der Gemeinsamen Absichtserklärung zur Kooperation im Bereich Umwelt.

Die VAE begrüßten die Führungsrolle Deutschlands als Ko-Vorsitz des Interaktiven Dialogs „Wasser in multilateralen Prozessen“ und unterstrichen die Bedeutung des Dialogs, um inklusive, handlungsorientierte und multilaterale Ansätze zur Bewältigung globaler Herausforderungen beim Thema Wasser voranzubringen.

Die VAE und Deutschland verbinden solide und langjährige Beziehungen in der zivilen Luftfahrt, die durch eine umfassende Konnektivität im Luftverkehr sowie zunehmende Kontakte in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Tourismus sowie zwischen den Menschen beider Länder unterstützt werden. Aufbauend auf diesen Beziehungen hat die deutsche Seite zugestimmt, dem Streckenplan einen zusätzlichen fünften Landepunkt hinzuzufügen, womit es einer nationalen Fluggesellschaft der VAE genehmigt wird, eine vereinbarte Anzahl an Frequenzen zu diesem fünften Landepunkt zu bedienen, und zwar zusätzlich zu den vier bestehenden Landepunkten in Deutschland, die in Höhe der aktuellen Anzahl an Frequenzen für diese Fluggesellschaft gedeckelt werden.

Beide Seiten begrüßten die Unterzeichnung einer Reihe weiterer Abkommen anlässlich des Besuchs, unter anderem zur Erleichterung der Einreise von Bürgerinnen und Bürgern der VAE an deutschen Flughäfen durch das EasyPASS-System und ein Abkommen über Rechtshilfe in Strafsachen, und sahen dem möglichst baldigen Abschluss der übrigen, sich noch in Verhandlung befindlichen Übereinkünfte, unter anderem des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, erwartungsvoll entgegen.

Die kulturelle Zusammenarbeit war ein zentrales Thema der Gespräche. Die beiden Staats- und Regierungschefs kamen überein, die kulturellen Beziehungen und Kontakte zwischen den Menschen zu stärken, unter anderem durch die Zusammenarbeit in Kultur, Literatur, Kulturerbe und der Kreativwirtschaft. Die gegenseitige Wertschätzung für die kulturellen, historischen und wissenschaftlichen Errungenschaften des jeweils anderen



Nummer 164/26 vom 11. September 2026

Seite 7 von 10

Landes wurde durch die Unterzeichnung einer umfassenden Gemeinsamen Absichtserklärung über die Stärkung der Kulturzusammenarbeit betont.

Beide Seiten tauschten ihre Sichtweisen zu zentralen regionalen und internationalen Entwicklungen aus. In Anerkennung der Bereitschaft, zu Frieden, Stabilität und Sicherheit im Nahen Osten beizutragen, unterstrichen beide Staats- und Regierungschefs die Notwendigkeit von Diplomatie und Dialog.

Seine Hoheit äußerte seine aufrichtige Wertschätzung für Deutschlands unerschütterliche Unterstützung und Solidarität angesichts der iranischen Aggression gegenüber den VAE und würdigte sie als Ausdruck der beständigen Freundschaft und strategischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern. Der Bundeskanzler brachte Deutschlands entschiedene Haltung der Solidarität mit den VAE und anderen regionalen Partnern zum Ausdruck.

Die beiden Staats- und Regierungschefs verurteilten auf das Schärfste die entsetzlichen Angriffe der Islamischen Republik Iran auf die VAE und andere Staaten der Region, auch auf die zivile Infrastruktur, die einen klaren Verstoß gegen die Souveränität und territoriale Unversehrtheit dieser Staaten sowie eine eklatante Verletzung des Völkerrechts einschließlich der Charta der Vereinten Nationen darstellen. Die Staats- und Regierungschefs verurteilten ferner Irans De-facto-Schließung der Straße von Hormus und seine gegen Handelsschiffe und gewerblich genutzte Schiffe gerichteten Drohungen und Angriffe und betonten gleichzeitig unter Hinweis auf Resolution 2817 (2026) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen die zentrale Bedeutung der Wahrung des Völkerrechts einschließlich des Rechts auf Durchfahrt in internationalen Wasserstraßen. In diesem Zusammenhang forderten die Staats- und Regierungschefs Iran unter Hinweis auf die Entscheidungen und Ergebnisse des Rates und der Ausschüsse der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation auf, von allen Handlungen oder Drohungen Abstand zu nehmen, die darauf abzielen, das Recht auf Durchfahrt durch die Straße von Hormus zu unterbinden, zu behindern oder auf andere Weise zu stören, oder die sich gegen Handelsschiffe und gewerblich genutzte Schiffe in und nahe der Straße von Hormus richten.

Ferner bekräftigten sie die Notwendigkeit, zu verhindern, dass Iran in den Besitz von Kernwaffen gelangt, sowie die Notwendigkeit, dem gesamten Spektrum der Bedrohungen vonseiten Irans umfassend entgegenzutreten



Nummer 164/26 vom 11. September 2026

Seite 8 von 10

und diese einzudämmen, darunter sein Raketenprogramm, seine unbemannten Luftfahrzeugsysteme und andere damit in Verbindung stehende Technologien sowie sein Einsatz und seine Unterstützung von Stellvertretern und nichtstaatlichen Akteuren in der Region und darüber hinaus.

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten ihr gemeinsames Bekenntnis zur Erreichung eines auf dem Verhandlungsweg erzielten umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens auf der Grundlage der Zweistaatenlösung, der im Einklang mit dem Völkerrecht und einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen zur Realisierung eines souveränen, unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates führt, der in Frieden und Sicherheit auf der Basis der Linien vom 4. Juni 1967 Seite an Seite mit Israel lebt. Beide Seiten unterstrichen, wie wichtig es ist, die Umsetzung des Umfassenden Plans zur Beendigung des Gaza-Konflikts und seines Fahrplans im Einklang mit Resolution 2803 (2025) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen voranzutreiben; das ist der Weg, die Entwaffnung der Hamas, den Rückzug der israelischen Streitkräfte sowie den Wiederaufbau von Gaza und die Wiedervereinigung des besetzten palästinensischen Gebiets unter einer reformierten Palästinensischen Behörde zu erreichen. Beide Seiten forderten Israel auf, seinen Verpflichtungen aus dem Protokoll von Scharm El-Scheich nachzukommen, und riefen die Hamas auf, jegliche Militäroperation einzustellen, sowie alle Parteien, die Bedingungen für Frieden und Sicherheit für Palästinenserinnen und Palästinenser, Israelis und die Region insgesamt zu fördern. In diesem Zusammenhang brachten die Staats- und Regierungschefs ihre kategorische Ablehnung von einseitigen Maßnahmen zum Ausdruck, die darauf abzielen, den Status des besetzten palästinensischen Gebiets zu verändern, sowie von Änderungen in Bezug auf den historischen und rechtlichen Status quo von Jerusalem und von Handlungen, die zu territorialen und demografischen Änderungen führen, darunter die Vertreibung der palästinensischen Zivilbevölkerung.

Beide Staats- und Regierungschefs bekräftigten ihr starkes Bekenntnis, einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine im Einklang mit dem Völkerrecht einschließlich der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen zu unterstützen, und unterstrichen die Bedeutung fortgesetzter diplomatischer Bemühungen, um eine auf dem Verhandlungsweg herbeigeführte Lösung zu fördern und die humanitären



Nummer 164/26 vom 11. September 2026

Seite 9 von 10

Auswirkungen abzumildern. Die Staats- und Regierungschefs verurteilten in aller Schärfe die zunehmenden Angriffe in der Ukraine, die zu einem Anstieg der Anzahl der zivilen Todesopfer und Verletzten und zur Zerstörung kritischer Infrastruktur geführt haben. Sie waren sich einig, dass es dringend notwendig ist, eine Waffenruhe im Schwarzen Meer zu erzielen, um Getreideexporte zu erleichtern und die globale Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Deutschland dankte den VAE für die Ermöglichung von Gesprächen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation.

Sie einigten sich auf gemeinsame sofortige humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe für die ukrainische Bevölkerung für den kommenden Winter, wobei der Schwerpunkt auf kritischer dezentralisierter Infrastruktur für gefährdete Bevölkerungsgruppen, Unterstützung für Kinder, Jugendliche und Familien und Ernährungssicherheit liegt. Darüber hinaus beabsichtigen beide Seiten ferner, die Möglichkeit für eine umfassendere gemeinsame Partnerschaft mit Fokus auf Initiativen für wirtschaftliche Erholung und Entwicklung zu prüfen, die im Zusammenhang mit der nächsten Ukraine Recovery Conference 2027 bekanntgegeben werden soll.

Die beiden Staats- und Regierungschefs begrüßten den jüngsten Gefangenenaustausch zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation, der von den VAE vermittelt wurde, womit die Zahl der seit Kriegsbeginn ausgetauschten Gefangenen auf insgesamt 7997 steigt. Sie berieten ferner über Wege einer Zusammenarbeit zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung der Ukraine in allen Bereichen, und Deutschland begrüßte das Abkommen über eine umfassende Wirtschaftspartnerschaft (CEPA) zwischen den VAE und der Ukraine, wobei Deutschland auf das Potenzial des Abkommens hinwies, einen Beitrag zur langfristigen Stabilisierung und zum Wiederaufbau der Ukraine zu leisten.

Die beiden Staats- und Regierungschefs verurteilten die Angriffe auf Zivilpersonen und humanitäres Personal sowie humanitäre Hilfskonvois in Sudan. Sie forderten die Sudanesischen Streitkräfte (SAF) und die Rapid Support Forces (RSF) nachdrücklich auf, unverzüglich alle militärischen Operationen einzustellen, durch die weiterhin Zivilistinnen und Zivilisten in Gefahr gebracht werden, darunter Drohnenangriffe und Behinderungen des Zugangs von humanitärer Hilfe. Die beiden Staats- und Regierungschefs bekräftigten ihre Forderung nach einer unverzüglichen und bedingungslosen humanitären Waffenruhe, die zu einem dauerhaften



Nummer 164/26 vom 11. September 2026

Seite 10 von 10

Waffenstillstand führt sowie zu einem inklusiven und transparenten Übergang hin zu einer unabhängigen zivil geführten Regierung, die die Wünsche der sudanesischen Bevölkerung widerspiegelt, und zwar frei von der Kontrolle oder dem Einfluss von Parteien oder Akteuren, die Gewalt und Instabilität in der gesamten Region befeuern. Beide Seiten betonten die Notwendigkeit eines vollständigen Waffenembargos, das im gesamten Territorium Sudans gilt. Beide Staats- und Regierungschefs würdigten internationale und regionale Bemühungen, darunter die des Quad-Formats und des Quintetts, sowie die Ergebnisse der Sudan-Konferenz in Berlin.

Die beiden Staats- und Regierungschefs brachten ihre Solidarität mit Libanon zum Ausdruck und bekräftigten ihr Bekenntnis zu seiner Einheit, Souveränität und territorialen Unversehrtheit. Sie bekundeten ihre Unterstützung für die Bemühungen der Regierung Libanons, Waffen unter staatlicher Kontrolle zu bündeln, sowie für alle Anstrengungen, Wohlstand, Stabilität und Wohlergehen der libanesischen Bevölkerung zu fördern. Sie begrüßten das trilaterale Rahmenabkommen zwischen Libanon und Israel und äußerten die Hoffnung, dass dieses Abkommen einen positiven Schritt hin zur Verbesserung der regionalen Sicherheit und Stabilität darstellt. Die beiden Staats- und Regierungschefs unterstrichen, wie wichtig die vollständige Umsetzung von Resolution 1701 (2006) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sowie der Schutz und die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von UNIFIL sind.

Die Staats- und Regierungschefs betonten, wie wichtig es ist, die Einheit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit Syriens aufrechtzuerhalten. Sie unterstrichen, dass alle Parteien das Völkerrecht und das Truppenentflechtungsabkommen von 1974 einhalten sowie Handlungen unterlassen müssen, welche die regionale Sicherheit und Stabilität gefährden könnten. Die Staats- und Regierungschefs äußerten ihre Hoffnung auf fortgesetzte und erkennbare Bekenntnisse zu einer inklusiven Regierungsführung als wesentlichem Schritt zur Förderung der langfristigen Stabilität und wirtschaftlichen Erholung Syriens.